

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	5
<i>Habermas</i> für Entwicklung der EU zu „supranationaler Demokratie“ mit mehr Solidarität	5
EU-Beitritt Islands nach Parlamentswahlen unwahrscheinlich.....	5
Staatsministerium des Innern	6
Bauen und Wohnen.....	6
EuGH: Einheimischenmodelle können zulässiges Instrument für soziale Wohnungspolitik sein	6
Unionsbürgerschaft	6
Europäische Bürgerinitiative erreicht erstmals die notwendige Zahl an Unterschriften	6
Kommission legt Bericht zur Unionsbürgerschaft 2013 vor.....	7
Kommission legt dritten Jahresbericht über die Anwendung der EU-Grundrechtecharta vor.....	7
Innere Sicherheit.....	7
EP-Sonderausschuss gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche nimmt ersten Zwischenbericht an.....	7
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Kommission präsentiert Richtlinienvorschlag für ein Basiskonto für alle	8
Kommission legt dritten Jahresbericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte vor.....	9
Sonderausschuss des EP gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche nimmt ersten Zwischenbericht an.....	9
Staatsministerium der Finanzen	10
Frühjahrsprognose der Kommission.....	10
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 – 2020 (MFR) – Sachstand	10
Ausblick auf den Europäischen Rat (ER) am 22.05.2013.....	10
Steuertrends in der EU	11
Konferenz zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion	11
Anpassungsprogramm für Irland – Abschluss der zehnten Troika-Mission	12
Vierter Quartalsbericht der Taskforce für Griechenland	12
Kommission legt Richtlinienvorschlag für mehr Gebührentransparenz von Zahlungskonten, einfacheren Kontowechsel und garantierten Zugang zu einem Basiskonto vor	12
Bericht zu aktuellen und künftigen Finanzierungsprogrammen für KMU	13
Rat verabschiedet Legislativpaket zur weiteren Stärkung der wirtschafts- und haushaltspolitischen Steuerung („Two Pack“)	13
Rat verabschiedet Reform der Rating-Verordnung	14
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	14



Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	14
Frühjahrsprognose der Kommission.....	14
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 – 2020 (MFR) – Sachstand	15
Konsultation zur neuen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Beihilfenrecht	15
Kommission eröffnet Konsultation zu überarbeiteten Beihilfavorschriften für die Filmförderung.....	15
Kommission legt Richtlinienvorschlag für mehr Gebührentransparenz von Zahlungskonten, einfacheren Kontowechsel und garantierten Zugang zu einem Basiskonto vor	16
Aussenwirtschaft.....	16
Kommission leitet Antisubventionsverfahren gegen China bei Import von Solarglas ein	16
Energie	17
Mitteilung zur Strategie der EU für Technologien und Innovationen im Energiebereich.....	17
Sonstiges	17
Bericht zu aktuellen und künftigen Finanzierungsprogrammen für KMU	17
Kommission genehmigt Übernahme von Veolia TCE durch die Deutsche Bahn AG	18
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	18
Kommission: Massnahmenpaket zur Tier- und Pflanzengesundheit angenommen	18
Bienengesundheit: Kommission kann über Teilverbot von drei Insektiziden entscheiden.....	18
Kommission fordert 230 Mio. € GAP-Ausgaben von Mitgliedstaaten zurück.....	19
Kommissionsmitteilung: Strategische Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der EU	19
Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) – Sachstand	20
Vorschlag der Kommission zur Verbesserung der „Grünen Infrastruktur“	20
Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen	20
Richtlinienvorschlag der Kommission für eine bessere Anwendung des Freizügigkeitsrechts.....	20
Konferenz der irischen Ratspräsidentschaft zum Sozialinvestitionspaket in Leuven	21
Demografisches Forum unter dem Motto „Investitionen in Europas demografische Zukunft“ am 06./07.05.2013 in Brüssel.....	21
Kommissionspräsident Barroso betont die Rolle der Sozialpartner in einer vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion	21
Steigende Tendenz der Arbeitslosenquote im Euroraum.....	22
Mädchen-Zukunftstag in der Informations- und Kommunikationstechnologie („Girls in ICT Day“) am 25.04.2013.....	22
Kommission legt Berichte zur Unionsbürgerschaft und zur Grundrechtecharta vor	22
Staatsministerium für Unterricht und Kultus.....	23
Europawoche und EU-Projekttag: Schulen organisieren im Mai vielfältige Veranstaltungen zum Thema Europa	23
Diskussionsveranstaltung zu „Europas Jugend“ in der Bayerischen Vertretung Brüssel	23



Kommissionsbericht belegt positive Auswirkungen zentraler Aktionen im schulischen Programmteil „Comenius“ des EU-Bildungsprogramms für lebenslanges Lernen	24
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....	24
Horizont 2020: Präsidenschafts-Konsultation zu Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften	24
150 Mio. € für Projekte der Gehirnforschung bewilligt.....	25
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.....	25
Vorschlag der Kommission zur Verbesserung der „Grünen Infrastruktur“	25
Trinkwasserversorgung - Europäische Bürgerinitiative erreicht erstmals die notwendige Zahl an Unterschriften	25
Konsultation zur neuen allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Beihilfenrecht	26
Mitteilung zur EU-Strategie für Technologien und Innovationen im Energiebereich	26
Kommission: Massnahmenpaket zur Tier- und Pflanzengesundheit angenommen	27
Neue Regeln für den Import von Huftieren aus dem Ausland.....	27
150 Mio. € für Projekte der Gehirnforschung bewilligt.....	27
IuK- und Medienpolitik	28
Kommission stellt neuen Entwurf der Filmmitteilung zur Konsultation	28



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

HABERMAS FÜR ENTWICKLUNG DER EU ZU „SUPRANATIONALER DEMOKRATIE“ MIT MEHR SOLIDARITÄT

Der Philosoph und Soziologe *Jürgen Habermas* hat am 26.04.2013 vor über 500 Zuhörern, darunter der Präsident des Europäischen Rats (ER), *Hermann Van Rompuy*, eine Vorlesung zum Thema „Demokratie, Solidarität und die europäische Krise“ an der Katholischen Universität Leuven gehalten. Er konstatierte ein „technokratisches Dilemma“ der europäischen Einigung und stellte alternative Überlegungen für den Aufbau einer „supranationalen Demokratie“ vor. Die Probleme würden zunehmen, solange die Mitgliedstaaten souveräne Entscheidungen allein aus ihrer nationalen Perspektive trafen. Die EU solle zu einer echten politischen Union fortentwickelt und Transferzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten akzeptiert werden. Der Ausbau zu einer politischen Union setze eine Differenzierung zwischen Kern und Peripherie voraus. Der Aufbau eines Kerns mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik führe zur Aufgabe der Rolle der Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“. Andererseits seien „Vereinigte Staaten von Europa“ nicht erforderlich, die Mitgliedstaaten könnten ihre Rolle als Staaten, die neben der supranationalen Demokratie auf europäischer Ebene stünden, behalten. Die Veränderungen müssten von einem Konvent vorbereitet werden. Dabei gehe es um Solidarität in einem Sinn gemeinsamer Anstrengungen zur Steigerung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Eurozone. Deutschland halte den Schlüssel in der Hand, die dafür notwendige Initiative zu ergreifen. *Habermas* sah aus deutscher Sicht nicht nur ein Interesse, sondern auch eine Verpflichtung dazu.

Wortlaut der Vorlesung von *Prof. Habermas*:

<http://www.kuleuven.be/communicatie/jurgenhabermas/democracy-solidarity-and-the-european-crisis>

Begrüßungsrede von ER-Präsident *Van Rompuy*:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/136955.pdf

EU-BEITRITT ISLANDS NACH PARLAMENTSWAHLEN UNWAHRSCHEINLICH

Die isländische Bevölkerung hat einem EU-Beitritt ihres Landes bei den Parlamentswahlen vom 27.04.2013 eine Absage erteilt. Die siegreichen Parteien stehen dem Beitritt skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dies entspricht laut Umfragen auch der Meinung einer klaren Mehrheit der Isländer. Die bisherige Regierung hatte nach Ausbruch der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 den Beitritt befürwortet und Verhandlungen mit der EU vorangetrieben, die aufgrund der Integration Islands in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wesentlich rascher als bei anderen Beitrittskandidaten verliefen. Von Beobachtern wird die Veränderung der öffentlichen Meinung in Island auf die zunehmende Bewältigung der Krise zurückgeführt. Der Beitrittsantrag 2008 sei ein „Hilferuf“ gewesen, inzwischen stehe wieder der traditionell ausgeprägte Wunsch der Isländer nach Unabhängigkeit im Mittelpunkt stehe.



Hintergrundinformationen zur Situation nach den Wahlen in Island:

<http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/island-nach-den-wahlen-unabhaengigkeit-statt-eu-mitgliedschaft.html>

STAATSMINISTERIUM DES INNERN

BAUEN UND WOHNEN

EUGH: EINHEIMISCHENMODELLE KÖNNEN ZULÄSSIGES INSTRUMENT FÜR SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK SEIN

Der EuGH hat in einem Urteil vom 08.05.2013 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens ausgeführt, dass eine gesetzliche Regelung, die die Übertragung von Grundstücken von einer ausreichenden Bindung des Käufers zu der betroffenen Gemeinde abhängig macht, gegen europäische Grundfreiheiten verstößt. Eine solche Regelung kann aber aus zwingenden Gründen des Allgemeinwohls gerechtfertigt sein, wenn sie das Ziel verfolgt, in raumplanerischer Absicht ein ausreichendes Wohnangebot für einkommensschwache Personen oder benachteiligte Gruppen der örtlichen Bevölkerung sicherzustellen und wenn das System auf objektiven, nichtdiskriminierenden und im Voraus bekannten Kriterien beruht. Das im konkreten Vorlageverfahren in Frage stehende flämische Einheimischenmodell genügt diesen Anforderungen nach Ansicht der Richter jedoch nicht. Der Ausgang des Verfahrens war auch in Bayern mit Spannung erwartet worden, wo in einigen Gemeinden „Einheimischenmodelle“ praktiziert werden, die eine Bindung an die Gemeinde voraussetzen, um in den Genuss verbilligter Baugrundstücke zu kommen.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/>

Pressemitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11371_de.htm

Pressemitteilung des StMI:

<http://www.stmi.bayern.de/internet/stmi/presse/archiv/2013/191.php>

Pressemitteilung des Bayerischen Gemeindetags:

<http://www.bay-gemeindetag.de/kxw/common/>

UNIONSBÜRGERSCHAFT

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ERREICHT ERSTMALS DIE NOTWENDIGE ZAHL AN UNTERSCHRIFTEN

Die Initiative „right2water“ hat es als erste Europäische Bürgerinitiative geschafft, die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften zu erreichen. Laut den Initiatoren ist es gelungen, in acht Mitgliedstaaten über 1,4 Mio. Unterschriften zu sammeln. Als nächste Schritte sind zunächst die Prüfung der Unterschriften durch die



zuständigen nationalen Behörden sowie eine Anhörung der Initiatoren der Bürgerinitiative vorgesehen. Die Kommission muss sich sodann mit den Forderungen der Initiative befassen, sie ist jedoch nicht verpflichtet, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR UNIONSBÜRGERSCHAFT 2013 VOR

Die Kommission hat am 08.05.2013 einen Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013 „Rechte und Zukunft der Bürgerinnen und Bürger der EU“ vorgelegt, in dem sie konkrete Maßnahmen vorschlägt, um den Unionsbürgern die Wahrnehmung ihrer Unionsbürgerrechte zu erleichtern. Der Bericht wird begleitet von einem „Bericht über die Fortschritte auf dem Weg zu einer effektiven Unionsbürgerschaft 2011-2013“, der die Anwendung der Bestimmungen im AEUV zur Unionsbürgerschaft in den vergangenen drei Jahren beleuchtet, insbesondere was die Freizügigkeit, die politischen Rechte und den konsularischen Schutz sowie die Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit anbelangt.

Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/com_2013_269_de.pdf

Bericht „Fortschritte auf dem Weg zu einer effektiven Unionsbürgerschaft 2011-2013“:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/com_2013_270_de.pdf

KOMMISSION LEGT DRITTEN JAHRESBERICHT ÜBER DIE ANWENDUNG DER EU-GRUNDRECHTECHARTA VOR

Die Kommission hat am 08.05.2013 ihren dritten Jahresbericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU vorgelegt. Darin wird aufgezeigt, wie die Grundrechte im Jahr 2012 in der EU angewendet wurden. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass sich die Charta zu einem Bezugspunkt nicht nur für die EU-Organe, wenn diese neue Rechtsvorschriften einführen, sondern auch für die europäischen und nationalen Gerichte entwickle. Dabei Sorge die Charta dafür, dass Grundrechte für die Bürger in Europa zu einer greifbaren Realität werden.

Bericht 2012 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU:

http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/2012_report_application_charter_de.pdf

INNERE SICHERHEIT

EP-SONDERAUSSCHUSS GEGEN ORGANISIERTES VERBRECHEN, KORRUPTION UND GELDWÄSCHE NIMMT ERSTEN ZWISCHENBERICHT AN

Am 07.05.2013 hat der mit Beschluss vom 14.03.2012 eingerichtete Sonderausschuss des EP gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche mit großer Mehrheit seinen ersten Zwischenbericht angenommen. In dem Bericht, der als Leitfaden für eine effektivere Gesetzgebung auf Unionsebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten dienen soll, werden die Prioritäten für eine effektive Bekämpfung dieser Straftaten in Europa und weltweit herausgearbeitet. Insbesondere wird ein einheitlicher, kohärenter Rechtsrahmen gefordert, der gemeinsame Rechtsstandards im Bereich der Korruptionsbekämpfung und des Strafrechts



festlegen soll. Zudem wird eine stärkere justizielle- und polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene angemahnt.

Zwischenbericht des Ausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/organes/crim/crim_20130507_1500.htm

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

KOMMISSION PRÄSENTIERT RICHTLINIENVORSCHLAG FÜR EIN BASISKONTO FÜR ALLE

Am 08.05.2013 präsentierten der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissar *Michel Barnier* und der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik *Tonio Borg* einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen. Die Kommission konstatiert, dass in der Vergangenheit die freiwillige Selbstverpflichtung der Finanzbranche sowie die Annahme einer Empfehlung der Kommission nicht zum gewünschten Erfolg geführt hätten und sieht sich daher zu diesem Schritt veranlasst.

Die Kommission verfolgt mit ihrem Vorschlag drei Hauptziele: Sie will zum einen die Vergleichbarkeit von Kontogebühren der verschiedenen Anbieter in der EU gewährleisten. Zum anderen soll aber auch der Wechsel des Zahlungskontos vereinfacht werden durch die Einführung eines einfachen, schnellen und gebührenfreien Verfahrens, das es dem Verbraucher ermöglichen soll mittels eines Auftrags den Zahlungsdienstleister zu verpflichten, alle erforderlichen Schritte für den Kontowechsel durchzuführen. Zudem soll dem Zahlungsdienstleister hierfür eine gewisse Frist gesetzt werden: so muss innerhalb eines Mitgliedstaates der Vorgang innerhalb von 15 Tagen, bei einem Wechsel zwischen Anbietern in verschiedenen Mitgliedstaaten innerhalb von 30 Tagen abgewickelt sein. Insbesondere soll aber nach dem Vorschlag jeder europäische Verbraucher überall in der EU ungeachtet seiner persönlichen finanziellen Situation ein sog. Basiskonto eröffnen können und zwar auch dann, wenn er in dem betreffenden Mitgliedstaat gar keinen Wohnsitz hat. Dies soll dem Umstand Rechnung tragen, dass rund 58 Mio. EU-Bürger über 15 Jahre kein Zahlungskonto haben, trotz der immer größeren Bedeutung von solchen Konten im Alltag insbesondere aufgrund der rückläufigen Verwendung von Bargeld.

Allerdings sind die Banken nach dem Vorschlag nicht verpflichtet, dem Inhaber eines Basiskontos die Überziehung zu gestatten, Banküberweisungen und das Benutzen einer Debit-Karte müssen jedoch eingeräumt werden. Zudem können Banken Kunden immer noch ablehnen, wenn diese bereits über ein anderes Konto im selben Mitgliedstaat verfügen oder die Vorgaben der Richtlinie 2005/60/EG zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung nicht erfüllt sind (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-415_de.htm



Richtlinienvorschlag der Kommission :

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/docs/inclusion/20130506-proposal_de.pdf

KOMMISSION LEGT DRITTEN JAHRESBERICHT ÜBER DIE ANWENDUNG DER CHARTA DER GRUNDRECHTE VOR

Drei Jahre nach Inkrafttreten der Charta der Grundrechte der EU hat die Kommission am 08.05.2013 ihren dritten Jahresbericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU vorgelegt. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass sich die Charta zu einem Bezugspunkt nicht nur für die EU-Organe entwickelt habe, wenn diese neue Rechtsvorschriften einführen, sondern darüber hinaus auch für die europäischen und nationalen Gerichte. Dabei Sorge die Charta dafür, dass Grundrechte für die Bürger in Europa zu einer greifbaren Realität werden. Kommissionsvizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* führte hierzu aus: „Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist nicht nur ein Stück Papier – die darin verbrieften Rechte werden Realität für 500 Mio. Bürger in Europa. Mitverantwortlich hierfür sind die nationalen Gerichte, die der Charta Leben einhauchen.“ Die zunehmende Bezugnahme auf die Charta liefere erste Hinweise auf eine wirksame, dezentralisierte Anwendung der Charta in den nationalen Verfassungsordnungen. Dies sei ein wichtiger Schritt hin zu einem kohärenteren System zum Schutz der Grundrechte, das in allen Mitgliedstaaten bei Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften denselben Rechtsumfang und Schutz gewährleistet (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Bericht 2012 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU:

http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/2012_report_application_charter_de.pdf

Pressemitteilung der Kommission vom 08.05.2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-411_de.htm

SONDERAUSSCHUSS DES EP GEGEN ORGANISIERTES VERBRECHEN, KORRUPTION UND GELDWÄSCHE NIMMT ERSTEN ZWISCHENBERICHT AN

Am 07.05.2013 hat der mit Beschluss vom 14.03.2012 eingerichtete EP-Sonderausschuss gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche mit großer Mehrheit seinen ersten Zwischenbericht angenommen. In dem Bericht, der als Leitfaden für eine effektivere Gesetzgebung auf Unionsebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten dienen soll, werden die Prioritäten für eine effektive Bekämpfung dieser Straftaten in Europa und weltweit herausgearbeitet. Insbesondere wird ein einheitlicher, kohärenter Rechtsrahmen gefordert, der gemeinsame Rechtsstandards im Bereich der Korruptionsbekämpfung und des Strafrechts festlegen soll. Zudem wird eine stärkere justizielle- und polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene angemahnt (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Zwischenbericht des Ausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/organes/crim/crim_20130507_1500.htm



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN

FRÜHJAHRSPROGNOSE DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 03.05.2013 ihre Frühjahrsprognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Diese bildet die Grundlage für die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise in den Defizitverfahren. Die Kommission musste ihre Wirtschaftsprognose erneut nach unten korrigieren. Nach der neuen Kommissionsprognose wird das reale BIP in der EU im Jahr 2013 leicht zurückgehen (- 0,1 %). In der vorherigen Prognose war noch ein geringfügiges Wachstum von 0,1 % vorhergesagt worden. Für den Euroraum erwartet die Kommission im Jahr 2013 einen Rückgang des BIP um 0,4 %. Im Februar hatte die Kommission lediglich ein Minus von 0,3 % vorhergesagt. Für 2014 erwartet die Kommission nur noch ein Wachstum von 1,4 % in der EU und 1,2 % im Euroraum. Die verschlechterten Wirtschaftsaussichten wirken sich negativ auf die Haushaltsdaten der Mitgliedstaaten aus. Die Haushaltsdefizite werden im Jahr 2013 bei 3,4 % des BIP in der EU und 2,9 % im Euroraum liegen. Für das Jahr 2014 prognostiziert die Kommission ein Defizit von 3,2 % in der EU und 2,8 % im Euroraum. Die Schuldenstände steigen bis 2014 auf 90,6 % des BIP in der EU und 96,0 % im Euroraum an.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-396_de.htm

Frühjahrsprognose der Kommission:

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_spring_forecast_en.htm

VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 – 2020 (MFR) – SACHSTAND

Bei einem Spitzentreffen zwischen Kommissionspräsident *Barroso*, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), *Martin Schulz*, und der irischen Ratspräsidentschaft am 06.05.2013 wurde der Weg für den Beginn der Trilogverhandlungen zum MFR 2014 – 2020 geebnet. Dieses Treffen wurde notwendig, weil sich das EP zuletzt trotz der deutlich signalisierten Verhandlungsbereitschaft des Rates immer noch geweigert hatte, in konkrete Verhandlungen einzusteigen (EB 07/13). Die erste Trilogsitzung ist nunmehr für 13.05. geplant. Kernpunkte der Trilogverhandlungen werden die Flexibilität, eine Revisionsklausel, die Eigenmittel und die Einheit des EU-Haushalts sein.

Pressemitteilung der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://eu2013.ie/news/news-items/20130506mfftalksmaystatment/>

AUSBLICK AUF DEN EUROPÄISCHEN RAT (ER) AM 22.05.2013

Im Zentrum der Sitzung des ER am 22.05.2013 wird neben dem Thema Energie die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung stehen. Die Mitgliedstaaten werden voraussichtlich aufgefordert, den von der Kommission im Dezember 2012 vorgelegten Aktionsplan, insbesondere die Empfehlungen zum Umgang mit Steueroasen und zur aggressiven Steuerplanung, umzusetzen. Auf EU-Ebene soll der



Anwendungsbereich des automatischen Informationsaustauschs verbreitert werden. Kommissionspräsident *Barroso* hat sich am 08.05.2013 in einem Brief an die Mitglieder des ER dafür ausgesprochen, den automatischen Informationsaustausch auf alle Einkommensbestandteile auszuweiten. Darüber hinaus soll der automatische Informationsaustausch zum neuen internationalen Standard erhoben werden.

Internetseite zur Sitzung des ER am 22.05.2013:

<http://www.european-council.europa.eu/council-meetings?meeting=4aa156c3-db37-4231-9b32-a90114a48bce&tab=Agenda&lang=de>

Brief von Kommissionspräsident *Barroso* an die Mitglieder des ER:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-416_de.htm

STEUERTRENDS IN DER EU

Eurostat hat am 29.04.2013 Daten zur Steuerentwicklung in der EU veröffentlicht. Die Abgabenquote (Gesamtbetrag der Steuern und tatsächlichen Pflichtsozialversicherungsbeträge in Prozent des BIP) ist in der EU im Jahr 2011 auf 38,8 % angestiegen (2010: 38,3 %), liegt aber noch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2000 (40,4 %). Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheidet sich die Abgabenbelastung jedoch stark und reichte 2011 von unter 30 % in Litauen (26 %), Bulgarien (27,2 %), Lettland (27,6 %), Rumänien (28,2 %), der Slowakei (28,5 %) und Irland (28,9 %) bis zu über 40 % in Dänemark (47,7 %), Schweden (44,3 %), Belgien (44,1 %), Frankreich (43,9 %), Finnland (43,4 %), Italien (42,5 %) und Österreich (42,0 %). Deutschland liegt mit 38,7 % in etwa im EU-Durchschnitt.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/index_de.htm

KONFERENZ ZUR WEITEREN VERTIEFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Am 07.05.2013 fand in Brüssel eine hochrangig besetzte Konferenz zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion statt. Es wurde deutlich, dass ein gemeinsames europäisches Einlagensicherungssystem aus Sicht der Kommission ein zentrales Element der Bankenunion ist. *Olli Rehn*, Vizepräsident der Kommission und Kommissar für Wirtschaft und Währung, sagte, die gemeinsame Einlagensicherung sei zwar derzeit noch Zukunftsmusik, sie werde aber kommen. Auch der Präsident der Eurogruppe bekräftigte überraschend deutlich die Notwendigkeit der von deutscher Seite bisher abgelehnten gemeinsamen Einlagensicherung. Man müsse die einzelnen Elemente der Bankenunion aber in der richtigen Reihenfolge umsetzen. Die gemeinsame Einlagensicherung sei der letzte Schritt.

Internetseite der Konferenz:

http://ec.europa.eu/bepa/expertise/conferences/index_en.htm

Rede von Kommissionspräsident *Barroso*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-387_en.htm

Eingangsstatement von Kommissar *Rehn*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-389_en.htm



ANPASSUNGSPROGRAMM FÜR IRLAND – ABSCHLUSS DER ZEHNTEN TROIKA-MISSION

Die Troika, bestehend aus Vertretern der Kommission, der EZB und des IWF, ist im Rahmen der zehnten Programmüberprüfung vom 23.04. bis 02.05.2013 zum Ergebnis gekommen, dass Irland mit der Umsetzung seines Anpassungsprogramms nach wie vor auf Kurs ist. Die Haushaltsziele für 2012 seien problemlos erreicht worden. Auch das Defizitziel von 7,5 % für 2013 könne bei strikter Haushaltsdisziplin, insbesondere auch im Gesundheitssektor, eingehalten werden. Die Situation im Finanzsektor normalisiere sich. Das irische Rettungsprogramm hat ein Gesamtvolumen von 67,5 Mrd. €. Davon wurden bisher 57,7 Mrd. € ausbezahlt. Mit Blick auf das positive Votum der Troika steht nun die Entscheidung über die Auszahlung der nächsten Tranche an (1 Mrd. € von der EFSF, 1 Mrd. € vom IWF und 0,5 Mrd. € über bilaterale Kredite).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-401_en.htm

VIERTER QUARTALSBERICHT DER TASKFORCE FÜR GRIECHENLAND

Die von der Kommission eingerichtete Taskforce für Griechenland hat am 29.04.2013 ihren vierten Quartalsbericht vorgelegt. Die Taskforce hat im Oktober 2011 ihre Arbeit aufgenommen, um Griechenland technische Unterstützung bei der Umsetzung seiner Reformen zu leisten. Sie besteht aus rund 50 Mitgliedern, die in Brüssel und Athen arbeiten. Leiter der Taskforce ist der Deutsche *Horst Reichenbach*. Wichtige Handlungsbereiche waren in den letzten Monaten waren u. a. die Reform der Zentralverwaltung, insbesondere der Organisation der griechischen Ministerien, die Erleichterung von Exporten und die Einführung eines Schlichtungssystems zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-377_de.htm

KOMMISSION LEGT RICHTLINIENVORSCHLAG FÜR MEHR GEBÜHRETRANSPARENZ VON ZAHLUNGSKONTEN, EINFACHEREN KONTOWECHSEL UND GARANTIERTEN ZUGANG ZU EINEM BASISKONTO VOR

Am 08.05.2013 hat die Kommission einen Vorschlag für eine „Richtlinie über die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen“ vorgestellt. Die Richtlinie soll zum einen die Vergleichbarkeit von Kontogebühren verschiedener Anbieter vereinfachen, wozu auch eine akkreditierte Vergleichswebsite auf nationaler Ebene beitragen soll. Zum anderen soll der Wechsel von Konto und Anbieter für Verbraucher – auch grenzüberschreitend – schneller und unkomplizierter gestaltet werden. Die Richtlinie garantiert darüber hinaus jedem EU-Bürger den Zugang zu einem Basiskonto in jedem Mitgliedstaat, unabhängig von seinem Wohnsitz innerhalb der EU und unabhängig von seiner finanziellen Situation. Das Basiskonto soll grundlegende Ein- und Auszahlungsfunktionen, Abhebungen, Überweisungen und die Nutzung einer Debit-Karte ermöglichen, nicht jedoch Überziehungen und die Inanspruchnahme von Krediten. Die Richtlinie sieht auch



regelmäßige Berichtspflichten der Mitgliedstaaten über die Einhaltung der aufgestellten Vorgaben vor (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-415_de.htm

Richtlinienvorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/docs/inclusion/20130506-proposal_de.pdf

BERICHT ZU AKTUELLEN UND KÜNFTIGEN FINANZIERUNGSPROGRAMMEN FÜR KMU

Am 02.05.2013 hat die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Bericht über die Ergebnisse der aktuellen sowie über Umfang und Ziele neuer Finanzierungsprogramme für KMU veröffentlicht. Darin wird besonders hervorgehoben, dass die EIB-Gruppe im vergangenen Jahr KMU in ganz Europa mit Darlehen in Höhe von 13 Mrd. € direkt unterstützt und die Kommission durch Garantien ebenfalls ein Kreditvolumen in Höhe von 13 Mrd. € ermöglicht hat. Insgesamt profitieren nach Kommissions-Angaben nahezu 220.000 kleine und mittlere Unternehmen von diesen Programmen. Für eine bessere Finanzierung von KMU sollen zudem die Mittel der EIB erneut um 10 Mrd. € aufgestockt werden. In Kürze soll außerdem ein Internetportal eingerichtet werden, bei dem sich interessierte Firmen über mögliche Finanzierungsmöglichkeiten informieren und so leichter Zugang zu diesen finden können. Schließlich möchte die Kommission durch eine Anfang Mai 2013 beginnende Informationskampagne KMU zum Börsengang anregen sowie hierfür potenzielle Investoren gewinnen (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Eine Pressemitteilung mit Verlinkung zum Bericht findet sich unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-387_de.htm

RAT VERABSCHIEDET LEGISLATIVPAKET ZUR WEITEREN STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND HAUSHALTSPOLITISCHEN STEUERUNG („TWO PACK“)

Der Rat hat am 13.05.2013 das Legislativpaket zur weiteren Stärkung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Steuerung ohne Aussprache formal verabschiedet (sog. „Two Pack“). Dies war nach dem erfolgreichen Abschluss der Trilogverhandlungen am 20.02. und der Billigung durch das EP-Plenum eine reine Formsache. Das „Two Pack“ ergänzt das Ende 2011 verabschiedete Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „Six Pack“). Das EP hat im Rahmen der Verhandlungen durchgesetzt, dass die Kommission eine Expertengruppe einrichtet, die bis März 2014 Möglichkeiten zur Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds oder zur Einführung von Eurobills, d. h. Eurobonds mit kurzer Laufzeit, analysiert (EB 05/13).

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137077.pdf



RAT VERABSCHIEDET REFORM DER RATING-VERORDNUNG

Der Rat hat am 13.05.2013 ohne Aussprache die Reform der Rating-Verordnung formell verabschiedet. Die Annahme durch den Rat war nach der bereits Ende November 2012 erzielten Trilog-Einigung, der Billigung durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter (Botschafter) am 05.12.2012 sowie der Annahme durch das EP-Plenum am 16.01.2013 eine reine Formsache. Wichtige Aspekte der Reform sind die Regulierung der Ratings über die Bonität von Staaten, die Eindämmung von Interessenkonflikten, Schadensersatzpflichten bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Rechtsverstößen, die übermäßige Abhängigkeit von Ratings und die Einführung eines Rotationsprinzips bei bestimmten strukturierten Finanzprodukten (EB 02/13).

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137078.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

FRÜHJAHRSPROGNOSE DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 03.05.2013 ihre Frühjahrsprognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Diese bildet die Grundlage für die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise in den Defizitverfahren. Die Kommission musste ihre Wirtschaftsprognose erneut nach unten korrigieren. Nach der neuen Kommissionsprognose wird das reale BIP in der EU im Jahr 2013 leicht zurückgehen (- 0,1 %). In der vorherigen Prognose war noch ein geringfügiges Wachstum von 0,1 % vorhergesagt worden. Für den Euroraum erwartet die Kommission im Jahr 2013 einen Rückgang des BIP um 0,4 %. Im Februar hatte die Kommission lediglich ein Minus von 0,3 % vorhergesagt. Für 2014 erwartet die Kommission nur noch ein Wachstum von 1,4 % in der EU und 1,2 % im Euroraum. Die verschlechterten Wirtschaftsaussichten wirken sich negativ auf die Haushaltsdaten der Mitgliedstaaten aus. Die Haushaltsdefizite werden im Jahr 2013 bei 3,4 % des BIP in der EU und 2,9 % im Euroraum liegen. Für das Jahr 2014 prognostiziert die Kommission ein Defizit von 3,2 % in der EU und 2,8 % im Euroraum. Die Schuldenstände steigen bis 2014 auf 90,6 % des BIP in der EU und 96,0 % im Euroraum an (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-396_de.htm

Frühjahrsprognose der Kommission:

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_spring_forecast_en.htm



VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 – 2020 (MFR) – SACHSTAND

Bei einem Spitzentreffen zwischen Kommissionspräsident *Barroso*, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), *Martin Schulz*, und der irischen Ratspräsidentschaft am 06.05.2013 wurde der Weg für den Beginn der Trilogverhandlungen zum MFR 2014 – 2020 geebnet. Dieses Treffen wurde notwendig, weil sich das EP zuletzt trotz der deutlich signalisierten Verhandlungsbereitschaft des Rates immer noch geweigert hatte, in konkrete Verhandlungen einzusteigen (EB 07/13). Die erste Trilogsitzung ist nunmehr für 13.05. geplant. Kernpunkte der Trilogverhandlungen werden die Flexibilität, eine Revisionsklausel, die Eigenmittel und die Einheit des EU-Haushalts sein (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://eu2013.ie/news/news-items/20130506mfftalksmaystatment/>

KONSULTATION ZUR NEUEN ALLGEMEINEN GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG IM BEIHILFENRECHT

Die Kommission hat am 08.05.2013 den Entwurf für eine neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGFVO) im Beihilfenrecht vorgelegt und eine öffentliche Konsultation hierzu eingeleitet. Zu den vorgeschlagenen Änderungen gehören u. a. höhere Anmeldeschwellenwerte für bestimmte Beihilfenkategorien (v. a. im Bereich Forschung und Entwicklung, Unternehmensgründungen und Umweltbeihilfen), strengere Vorschriften für Beihilfen großen Umfangs, ein Standardformular für Unternehmen, um den Anreizeffekt der Beihilfe nachzuweisen, neue Beihilfenkategorien (z. B. Beihilfen für Forschungsinfrastrukturen, Unternehmensgründungen, Fernwärmeprojekte), ein umfangreicher Anhang mit Definitionen für die verschiedenen Freistellungskategorien, eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einführung einer eigenen Website für alle Beihilfenmaßnahmen in jedem Mitgliedstaat und umfangreiche Berichtspflichten gegenüber der Kommission, sowie weitere Neuerungen bei allen von der AGFVO erfassten Beihilfengruppen (u. a. Regionalbeihilfen, KMU-Beihilfen, Umweltbeihilfen). Die Konsultation wird bis zum 28.06.2013 laufen (mithin acht statt der sonst üblichen zwölf Wochen). Die Mitgliedstaaten sollen im Verlauf dieses Jahres aber noch einmal gesondert zum Verordnungsvorschlag konsultiert werden, bevor die endgültige AGFVO Anfang 2014 in Kraft treten soll.

Website der Konsultation mit Verlinkung zum Entwurf der neuen AGFVO:

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_gber/index_en.html

KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZU ÜBERARBEITETEN BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR DIE FILMFÖRDERUNG

Nachdem die Filmmitteilung mit Beihilfenvorschriften für die Filmförderung aus dem Jahr 2001 zum Jahreswechsel 2012 ausgelaufen ist, hat die Kommission am 30.04.2013 einen neuen Entwurf vorgelegt. Bis zum 28.05.2013 besteht zum letzten Mal die Möglichkeit, zu den künftigen Kriterien der Prüfung mitgliedstaatlicher Förderregelungen für Filme und andere audiovisuelle Werke Stellung zu nehmen. Im Juli plant die Kommission, die dann unbefristet gültige Mitteilung anzunehmen. Die von der Kommission im



Mitteilungsentwurf vorgenommene Überarbeitung betrifft v. a. die sog. „Territorialklausel“, nach der die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Filmförderung davon abhängig zu machen, dass ein bestimmter Anteil des Produktionsbudgets bzw. der Beihilfesumme im Mitgliedstaat ausgegeben werden muss (s. Beitrag im Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission :

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-388_de.htm

KOMMISSION LEGT RICHTLINIENVORSCHLAG FÜR MEHR GEBÜHRETRANSPARENZ VON ZAHLUNGSKONTEN, EINFACHEREN KONTOWECHSEL UND GARANTIERTEN ZUGANG ZU EINEM BASISKONTO VOR

Am 08.05.2013 hat die Kommission einen Vorschlag für eine „Richtlinie über die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen“ vorgestellt. Die Richtlinie soll zum einen die Vergleichbarkeit von Kontogebühren verschiedener Anbieter vereinfachen, wozu auch eine akkreditierte Vergleichswebsite auf nationaler Ebene beitragen soll. Zum anderen soll der Wechsel von Konto und Anbieter für Verbraucher – auch grenzüberschreitend – schneller und unkomplizierter gestaltet werden. Die Richtlinie garantiert darüber hinaus jedem EU-Bürger den Zugang zu einem Basiskonto in jedem Mitgliedstaat, unabhängig von seinem Wohnsitz innerhalb der EU und unabhängig von seiner finanziellen Situation. Das Basiskonto soll grundlegende Ein- und Auszahlungsfunktionen, Abhebungen, Überweisungen und die Nutzung einer Debit-Karte ermöglichen, nicht jedoch Überziehungen und die Inanspruchnahme von Krediten. Die Richtlinie sieht auch regelmäßige Berichtspflichten der Mitgliedstaaten über die Einhaltung der aufgestellten Vorgaben vor.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-415_de.htm

Richtlinienvorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/finances-retail/docs/inclusion/20130506-proposal_de.pdf

AUSSENWIRTSCHAFT

KOMMISSION LEITET ANTISUBVENTIONSVERFAHREN GEGEN CHINA BEI IMPORT VON SOLARGLAS EIN

Am 27.04.2013 hat die Kommission ein Antisubventionsverfahren über Importe von Solarglas aus China eingeleitet. Sie reagiert damit auf den am 14.03.2013 vom europäischen Branchenverband EU ProSun Glass auf Grundlage der europäischen Antisubventionsverordnung Nr. (EG) 597/2009 eingereichten Antrag. Sollte die Kommission die Voraussetzungen für handelsrechtliche Schutzmaßnahmen als gegeben erachten, so kann sie spätestens bis zum 27.01.2014 vorläufige Ausgleichszölle auf Einfuhren chinesischer Firmen verhängen. Neben der nun begonnenen Antisubventionsuntersuchung über Importe von Solarglas aus China läuft seit dem 28.02.2013 auch eine Antidumpinguntersuchung über dieselbe Ware.



Presse-Memo der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-386_de.htm

ENERGIE

MITTEILUNG ZUR STRATEGIE DER EU FÜR TECHNOLOGIEN UND INNOVATIONEN IM ENERGIEBEREICH

Die Kommission hat am 02.05.2013 ihre Mitteilung zur Strategie der EU für Technologien und Innovationen im Energiebereich bis 2020 und darüber hinaus vorgelegt, mit der sie Innovationen von modernen, CO₂-armen Technologien und Lösungen beschleunigen und die Lücke zwischen Markt und Forschung schließen möchte. Die Kommission stellt darin zentrale Grundsätze und Prioritäten von Entwicklungen vor, bei deren Beachtung die EU im Bereich Energieinnovationen international weiterhin eine Spitzenstellung einnehmen, preislich wettbewerbsfähig bleiben und die Energieversorgung zuverlässig gewährleisten könne. Zur Umsetzung der Strategie soll ein auf das gesamte Energiesystem ausgerichteter Fahrplan erstellt, ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen erarbeitet und eine Koordinierungsstruktur zur Förderung von Investitionen in Forschung und Innovation auf dem Gebiet der Energieeffizienz geschaffen werden. Die Strategie soll insgesamt kohärent zu anderen CO₂-Einsparungsinitiativen der EU ausgestaltet werden.

Übersicht und Mitteilung der Kommission unter:

http://ec.europa.eu/energy/technology/strategy/strategy_de.htm

SONSTIGES

BERICHT ZU AKTUELLEN UND KÜNFTIGEN FINANZIERUNGSPROGRAMMEN FÜR KMU

Am 02.05.2013 hat die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Bericht über die Ergebnisse der aktuellen sowie über Umfang und Ziele neuer Finanzierungsprogramme für KMU veröffentlicht. Darin wird besonders hervorgehoben, dass die EIB-Gruppe im vergangenen Jahr KMU in ganz Europa mit Darlehen in Höhe von 13 Mrd. € direkt unterstützt und die Kommission durch Garantien ebenfalls ein Kreditvolumen in Höhe von 13 Mrd. € ermöglicht hat. Insgesamt profitieren nach Kommissions-Angaben nahezu 220.000 kleine und mittlere Unternehmen von diesen Programmen. Für eine bessere Finanzierung von KMU sollen zudem die Mittel der EIB erneut um 10 Mrd. € aufgestockt werden. In Kürze soll außerdem ein Internetportal eingerichtet werden, bei dem sich interessierte Firmen über mögliche Finanzierungsmöglichkeiten informieren und so leichter Zugang zu diesen finden können. Schließlich möchte die Kommission durch eine Anfang Mai 2013 beginnende Informationskampagne KMU zum Börsengang anregen sowie hierfür potenzielle Investoren gewinnen.

Pressemitteilung mit Verlinkung zum Bericht unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-387_de.htm



KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME VON VEOLIA TCE DURCH DIE DEUTSCHE BAHN AG

Die Kommission hat der Übernahme der deutschen Veolia Transport Central Europe GmbH (Veolia TCE) durch die Deutsche Bahn Mobility Logistics AG (DB) grünes Licht erteilt, die beide Dienstleistungen im Bereich Bus- und Bahnverkehr anbieten. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass der Wettbewerb auf den Märkten (hier v. a. in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen) durch die Fusion nicht beeinträchtigt werde, da die Zahl der Konkurrenzunternehmen auf allen betroffenen Märkten groß genug bleibe. Die Genehmigung erfolgte im normalen Verfahren der EU-Fusionskontrolle.

Die Entscheidung ist eingestellt unter:

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_6818

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

KOMMISSION: MASSNAHMENPAKET ZUR TIER- UND PFLANZENGESUNDHEIT ANGENOMMEN

Die Kommission hat am 06.05.2013 den Entwurf eines Legislativpakets zu den Themen Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit und Pflanzengesundheit angenommen. Es zielt darauf ab, einen einheitlichen, kohärenten und transparenten Rechtsrahmen für alle EU-Mitgliedstaaten zu schaffen. Die Gesundheits- und Sicherheitsstandards in der gesamten Lebensmittelkette sollen verbessert werden. Eine im Paket enthaltene unmittelbar geltende EU-Verordnung soll die Vermarktung von pflanzlichem Saat- und sonstigem Vermehrungsgut für gewerbliche Zwecke einheitlicher, einfacher und flexibler als bisher geltende Richtlinien regeln. In der Verordnung zum Schutz vor Pflanzenseuchen werden existierende Regelungen zum Pflanzenschutz erweitert und ein stärkerer Fokus auf eingeschleppte Schädlinge, bessere Überwachung, frühzeitige Bekämpfung sowie bessere finanzielle Entschädigung für von Bekämpfungsmaßnahmen betroffene Anbauer gelegt. Über die Vorschläge werden das EP und der Rat nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren beraten und entscheiden. Nach einer Einigung könnten die Regelungen 2016 in Kraft treten (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/pressroom/animal-plant-health_en.htm

BIENENGESUNDHEIT: KOMMISSION KANN ÜBER TEILVERBOT VON DREI INSEKTIZIDEN ENTSCHEIDEN

Im Berufungsausschuss am 29.04.2013 gab es unter den Mitgliedstaaten, wie schon im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit am 15.03.2013 (SCFCAH, EB 05/13), keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Kommissionsvorschläge zum Teilverbot dreier Insektizid-Wirkstoffe aus der Gruppe der Neonikotinoide. Damit hat die Kommission nun das Recht, selbst über ihren Vorschlag zu entscheiden, der den Verkauf und die Nutzung von Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam zur Saatgutbehandlung, zur Bodenanwendung (als Granulat) und zur Blattbehandlung in bienenattraktiven



Pflanzen- und Getreidearten einschränkt. Ausnahmen bestehen für die Behandlung bienenattraktiver Kulturen in Gewächshäusern, auf Freilandfeldern jedoch nur nach der Blüte. Nach dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag (EB 03/13) sollte das Teilverbot am 01.07.2013 in Kraft treten, nun ist der 01.12.2013 vorgesehen. Nach zwei Jahren wird die Kommission die Regelung überprüfen. *Tonio Borg*, Kommissar für Gesundheit und Verbraucher betonte, er setze alles daran, sich für den Bienenschutz einzusetzen und werde den Kommissionsvorschlag in den kommenden Wochen voranbringen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-379_de.htm

KOMMISSION FORDERT 230 MIO. € GAP-AUSGABEN VON MITGLIEDSTAATEN ZURÜCK

Am 02.05.2013 forderte die Kommission im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens Agrarfondsmittel in Höhe von insgesamt 230 Mio. € wieder zurück. Da einige Beträge bereits von den Mitgliedstaaten eingezogen wurden, werden sich die finanziellen Auswirkungen des Beschlusses auf etwa 227 Mio. € belaufen. Diese Gelder fließen wieder in den EU-Haushalt zurück, weil EU-Vorschriften nicht eingehalten wurden oder Kontrollverfahren für Agrarausgaben unzureichend waren. Die Mitgliedstaaten sind zuständig für die Auszahlung und Prüfung der Ausgaben im Rahmen der GAP. Die Kommission muss dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten die Mittel vorschriftsmäßig verwenden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-389_de.htm

KOMMISSIONSMITTEILUNG: STRATEGISCHE LEITLINIEN FÜR DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER AQUAKULTUR IN DER EU

Am 29.04.2013 veröffentlichte die Kommission „Strategische Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der EU“, um damit gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern die Herausforderungen im Aquakultursektor zu bewältigen. Die freiwilligen Maßnahmen sollen die überfischten Meeresregionen schonen sowie das Wachstumspotenzial des derzeit stagnierenden EU Aquakultursektors nutzen. Die Leitlinien gehen auf die - nach Abstimmung mit allen Beteiligten - vier wichtigsten Herausforderungen im Aquakultursektor ein: (i) Die Notwendigkeit, Bürokratie und Unsicherheiten für Betreiber abzubauen, (ii) den Zugang zu Raum und Gewässern zu erleichtern, (iii) die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu steigern und (iv) für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Ebenso enthalten die Leitlinien konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur Erschließung des Marktpotenzials in der EU, wie z. B. Diversifizierung oder eine bessere Kennzeichnung und Information. Sie stehen im Zusammenhang mit der gegenwärtig verhandelten Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, im Rahmen derer auch die Aquakultur gefördert werden soll. Auf Grundlage der Leitlinien werden die Mitgliedstaaten ihre mehrjährigen nationalen Strategiepläne erstellen. Die Kommission wird bei der Koordinierung der Tätigkeiten und dem Austausch bewährter Verfahren unterstützen.

Mitteilung:

http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/aquaculture/official_documents/com_2013_229_de.pdf



Aquakultur:

http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/aquaculture/index_de.htm

VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020 (MFR) – SACHSTAND

Bei einem Spitzentreffen zwischen Kommissionspräsident *Barroso*, dem Präsidenten des EP, *Martin Schulz*, und der irischen Ratspräsidentschaft am 06.05.2013 wurde der Weg für den Beginn der Trilogverhandlungen zum MFR 2014 - 2020 geebnet. Dieses Treffen wurde notwendig, weil sich das EP zuletzt trotz der deutlich signalisierten Verhandlungsbereitschaft des Rates immer noch geweigert hatte, in konkrete Verhandlungen einzusteigen (EB 07/13). Die erste Trilogsitzung ist nunmehr für 13.05.2013 geplant. Kernpunkte der Trilogverhandlungen werden die Flexibilität, eine Revisionsklausel, die Eigenmittel und die Einheit des EU-Haushalts sein (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der irischen Ratspräsidentschaft:

<http://eu2013.ie/news/news-items/20130506mfftalksmaystatment/>

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER „GRÜNEN INFRASTRUKTUR“

Die Kommission hat am 06.05.2013 die Mitteilung „Grüne Infrastruktur (GI) — Aufwertung des europäischen Naturkapitals“ vorgelegt (s. Beitrag des StMUG in diesem EB). Durch dieses Strategiepapier soll ein Netzwerk natürlicher und naturnaher Flächen mit unterschiedlichen Umweltmerkmalen in den Mitgliedstaaten initiiert bzw. vorhandene „grüne Infrastruktur“ verbessert werden, sodass natürliche Prozesse zu einem systematischen Bestandteil der Raumplanung werden. Konkret plant die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), bis 2014 eine Fazilität der EU zur Unterstützung grüner Infrastrukturprojekte zu errichten.

http://ec.europa.eu/environment/nature/ecosystems/docs/green_infrastructures/1_DE_ACT_part1_v4.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

RICHTLINIENVORSCHLAG DER KOMMISSION FÜR EINE BESSERE ANWENDUNG DES FREIZÜGIGKEITSRECHTS

Mit dem Ziel, die einheitliche Anwendung und Durchsetzung der Freizügigkeitsrechte der Arbeitnehmer in der EU zu erleichtern, hat die Kommission am 26.04.2013 einen Richtlinienvorschlag „über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen“ vorgelegt. Es geht um die Rechte in Art. 45 AEUV und aus der VO Nr. 492/2011. Dabei handelt es sich insbesondere um das Verbot der Diskriminierung von Arbeitnehmern aus Gründen der Staatsangehörigkeit in den Bereichen Zugang zu Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, soziale und steuerliche Vergünstigungen, Zugang zur beruflichen Bildung, Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Wohnen und Zugang zur Bildung für Kinder.



http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-372_de.htm

KONFERENZ DER IRISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZUM SOZIALINVESTITIONSPAKET IN LEUVEN

Mit dem Vorschlag der Kommission für ein Sozialinvestitionspaket beschäftigte sich die zweitägige Konferenz der irischen Ratspräsidentenschaft am 02./03.5.2013 in Leuven, auf der vor allem die Umsetzung des Pakets diskutiert wurde. Hauptschlussfolgerung war, dass die Menschen Europas höchstes Gut seien und Europa nur durch mehr und bessere Investitionen in Frauen und Männer, von der Geburt bis ins hohe Alter, aus der Krise kommen und Glaubwürdigkeit und Legitimität gewährleisten.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-382_en.htm?locale=en

<http://eu2013.ie/news/news-items/20130503socialinvestmentconferencepr/>

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-405_en.htm

DEMOGRAFISCHES FORUM UNTER DEM MOTTO „INVESTITIONEN IN EUROPAS DEMOGRAFISCHE ZUKUNFT“ AM 06./07.05.2013 IN BRÜSSEL

Auf dem vierten demografischen Forum der Kommission diskutierten Regierungsmitglieder, Parlamentsabgeordnete, Vertreter kommunaler und regionaler Behörden, Sozialpartner, Vertreter internationaler Organisationen und von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler und unabhängige Experten über die Zukunft Europas vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. In der Eingangsrede stellte der Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration *László Andor* fest, dass die langfristigen Probleme in Europa wie der demografische Wandel durch die kurzfristigen Probleme verschärft würden. Er forderte, aus Herausforderungen Chancen zu machen, indem wir in Europas Menschen und damit unsere Zukunft investieren.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-385_en.htm

KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO BETONT DIE ROLLE DER SOZIALPARTNER IN EINER VERTIEFTEN UND ECHTEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* betonte in seiner Rede anlässlich des ersten Treffens des Kollegiums der Kommissare mit den Sozialpartnern am 02.05.2013 die große Bedeutung des sozialen Dialogs. Die soziale Dimension sei in einer sozialen Marktwirtschaft genauso wichtig wie der Markt. Nach seinen Worten ist in einer vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine engere Koordinierung und Überwachung von Beschäftigungs- und Sozialpolitik erforderlich. In diesem Zusammenhang seien die europäischen Institutionen sich einig, dass die Sozialpartner stärker in die Steuerung der WWU und vor allem das Verfahren des Europäischen Semesters einbezogen werden müssten.

Englischer Text der Rede:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-379_en.htm



STEIGENDE TENDENZ DER ARBEITSLOSENQUOTE IM EURORAUM

Nach den am 30.04.2013 vom statistischen Amt der EU, Eurostat, veröffentlichten saisonbereinigten Arbeitslosenquoten hält der steigende Trend im Euroraum an. Die Quote betrug 12,1 % im Vergleich zu 12,0 % im Februar. In der EU insgesamt blieb die Quote stabil gegenüber dem Vormonat bei 10,9 %. Diese Quoten entsprechen nach Schätzungen von Eurostat 26,521 Mio. arbeitslosen Menschen, davon 19,211 Mio. im Euroraum. Deutschland wies wie im Vormonat mit 5,4 % die zweitniedrigste Quote nach Österreich (4,7 %) auf. Im März 2012 hatten die Quoten bei 11 % im Euroraum und 10,3 % in der EU insgesamt gelegen.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-70_de.htm

MÄDCHEN-ZUKUNFTSTAG IN DER INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE („GIRLS IN ICT DAY“) AM 25.04.2013

Mehr Frauen in digitalen Jobs lautete das Ziel des „Girls in ICT Day“ am 25.04.2013. Kommission, europäisches Parlament und die Internationale Fernmeldeunion ITU engagierten sich an diesem Tag gemeinsam, um Mädchen und Frauen für eine Laufbahn im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zu gewinnen und so auch dem steigenden Fachkräftemangel auf diesem Feld entgegenzuwirken.

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/ICTgirls>

KOMMISSION LEGT BERICHTE ZUR UNIONSBÜRGERSCHAFT UND ZUR GRUNDRECHTECHARTA VOR

Die Kommission hat am 08.05.2013 einen Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013 „Rechte und Zukunft der Bürgerinnen und Bürger der EU“ vorgelegt, in dem sie konkrete Maßnahmen vorschlägt, um den Unionsbürgern die Wahrnehmung ihrer Unionsbürgerrechte zu erreichen. Der Bericht wird begleitet von einem „Bericht über die Fortschritte auf dem Weg zu einer effektiven Unionsbürgerschaft 2011-2013“, der die Anwendung der Bestimmungen zur Unionsbürgerschaft im AEUV in den vergangenen drei Jahren beleuchtet, insbesondere was die Freizügigkeit, die politischen Rechte und den konsularischen Schutz sowie die Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit anbelangt (s. dazu den Beitrag des StMI in diesem EB).

Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/com_2013_269_de.pdf

Bericht „Fortschritte auf dem Weg zu einer effektiven Unionsbürgerschaft 2011-2013“:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/com_2013_270_de.pdf



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

EUROPAWOCHE UND EU-PROJEKTTAG: SCHULEN ORGANISIEREN IM MAI VIELFÄLTIGE VERANSTALTUNGEN ZUM THEMA EUROPA

Anlässlich des Europatags zur Erinnerung an die Schuman-Erklärung, die am 09.05.1950 den Grundstein für die heutige Europäische Union legte, organisieren Schulen im Mai in ganz Europa vielfältige Veranstaltungen zu den Themen Europa und Europäischer Einigungsprozess. Auch bayerische Schulen beteiligten sich engagiert an Aktionen im Rahmen der Europawoche (04.-12.05.2013) und des bundesweiten EU-Projekttags an Schulen, der am 06.05.2013 stattfand.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZU „EUROPAS JUGEND“ IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG BRÜSSEL

„Europas Jugend im Dialog: Neue Perspektiven für eine alte Idee“ lautete das Thema einer Abendveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung am 06.05.2013 in der Bayerischen Vertretung Brüssel. MdEP *Doris Pack* (DEU/EVP), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments (EP), verwies in ihrem Eingangsstatement auf die positive Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses, das wesentlich auf konkreten Begegnungen zwischen jungen Menschen ruhe, und betonte die Bedeutung der europäischen Bildungs- und Jugendprogramme – gerade auch jenseits des bekannten Programmteils „Erasmus“ für den Hochschulbereich – sowie des Europäischen Freiwilligendienstes: Jugendliche erhielten hierdurch die Möglichkeit, die europäische Idee zu (er-)leben und sich selbst sowie ihre Fähigkeiten besser kennen zu lernen. Zwischen den Mitgliedstaaten bestünden aber noch zu viele administrative Hürden bei der Anerkennung von (Aus-)Bildungsphasen und Abschlüssen. *Xavier Prats Monné*, stellvertretender Generaldirektor für Bildung und Kultur bei der Europäischen Kommission, unterstrich, dass die Kommission in ihrem Vorschlag über das künftige Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm vor allem auf die Maximierung der positiven Auswirkungen in institutioneller und systemischer Hinsicht abgezielt habe, auch im Jugendbereich. Auch wenn EP und Rat der Kommissionsidee einer vollständigen Zusammenführung von Bildung und Jugend nicht gefolgt seien, so bleibe Jugend doch Teil des „Pakets“ und könne sich künftig besser durchsetzen. In Zeiten knapper Kassen sei die Hebelwirkung der investierten Mittel von hoher Relevanz, um eine gute Finanzausstattung rechtfertigen zu können. Trotz der Kürzungen im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) habe man für das Programm erhebliche Steigerungen im Vergleich zur aktuellen Programmgeneration erzielen können. Nach dem in Kürze erwarteten Abschluss der Verhandlungen sei es gemeinsame Aufgabe von Kommission und Mitgliedstaaten, durch eine rasche Implementierung des künftigen Programms zur Verbesserung der Situation junger Menschen in der EU beizutragen.



KOMMISSIONSBERICHT BELEGT POSITIVE AUSWIRKUNGEN ZENTRALER AKTIONEN IM SCHULISCHEN PROGRAMMTEIL „COMENIUS“ DES EU-BILDUNGSPROGRAMMS FÜR LEBENSLANGES LERNEN

Eine am 07.05.2013 veröffentlichte Studie der Kommission zu zentral auf EU-Ebene verwalteten multilateralen Comenius-Netzwerken und Comenius-Projekten zeigt, dass deren Wirkungen auf individueller, institutioneller und mit Abstrichen auch auf systemischer Ebene als sehr positiv bewertet werden. So wurde von den Befragten in beruflicher Hinsicht u.a. das Kennenlernen innovativer Lehr- und Lernmethoden und -materialien sowie von Unterrichtsrealitäten in anderen europäischen Staaten positiv hervorgehoben. Weiterhin stellt die Studie eine signifikante Auswirkung auf die teilnehmenden Organisationen insgesamt fest: Die Aktivitäten übernahmen die Funktion eines Katalysators für einen Wandel auf institutioneller Ebene, insbesondere dann, wenn die gesamte Institution involviert sei. Schließlich besäßen die Maßnahmen das Potential für einen Einfluss auf Bildungssysteme, auch wenn diese Ebene von den Befragten sehr klar als weniger relevant eingeschätzt werde. Systemische Auswirkungen könnten bei einer gezielten Einbindung der Bildungsverantwortlichen in der Schulverwaltung sowie durch einen konkreten Bezug auf aktuelle bildungspolitische Prioritäten verbessert werden. Als zentral betrachteten die Befragten die europäische Dimension: Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen Bildungspersonal und Institutionen aus unterschiedlichen Ländern, Kulturen und beruflichen Rahmenbedingungen führten zu einem besseren und tieferen Verständnis und zu einer wertvollen Stärkung sowohl der europäischen Idee als auch europäisch gedachter und gelebter Bildung.

Zusammenfassung der Studienergebnisse (in deutscher Sprache):

http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/comenius-networks-sum_de.pdf

Gesamter Bericht (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/comenius-networks-report_en.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

HORIZONT 2020: PRÄSIDENTSCHAFTS-KONSULTATION ZU SOZIAL-, WIRTSCHAFTS- UND GEISTESWISSENSCHAFTEN

Im Rahmen der Vorbereitung einer Konferenz der Litauischen EU-Ratspräsidentschaft am 23./24.09.2013 in Vilnius hat deren Tagungsleitung eine öffentliche Konsultation zur sozial-, wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Forschung in Horizont 2020 gestartet. Die Konferenz wird sich dem Thema „Horizons for Social Sciences and Humanities“ widmen. In der Konsultation werden fünf Fragen gestellt, die sich mit dem Charakter der sozial-, wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Forschung und ihrer Bedeutung für Horizon 2020 auseinandersetzen. Die Ergebnisse der Befragung werden veröffentlicht und sollen im Rahmen der Konferenz in die offizielle Erklärung einfließen.



Weitere Informationen unter:

<http://horizons.mruni.eu/consultation-2/>

150 MIO. € FÜR PROJEKTE DER GEHIRNFORSCHUNG BEWILLIGT

Zu Beginn des „European Month of the Brain“ hat die Kommission 150 Mio. € an Förderung für 20 neue Hirnforschungsprojekte bewilligt. Die Förderung steht im Kontext der FET-Initiative („Future and Emerging Technologies Flagship Initiative“) des „Human Brain Project“ (s. EB 03/2013). An dem „Human Brain Project“, der weltweit umfangreichsten Computersimulation des menschlichen Gehirns, ist auch die TU München im Bereich Neurorobotik maßgeblich beteiligt. Die 20 internationalen Projekte sollen Erkenntnisse in Schlüsselbereichen, wie Hirnverletzungen, psychische Erkrankungen, Schmerz, Epilepsie und Verhaltensstörungen bei Kindern, liefern. Sie werden voraussichtlich im Sommer 2013 starten. Seit Beginn des laufenden Forschungsrahmenprogramms hat die EU über 1.200 Hirnforschungsprojekte mit insgesamt 1,9 Mrd. € gefördert.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-380_en.htm

Informationen zum „European Month of The Brain“:

http://ec.europa.eu/research/conferences/2013/brain-month/index_en.cfm

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER „GRÜNEN INFRASTRUKTUR“

Die Kommission hat am 06.05.2013 die Mitteilung „Grüne Infrastruktur (GI) — Aufwertung des europäischen Naturkapitals“ vorgelegt. Durch dieses Strategiepapier soll ein Netzwerk natürlicher und naturnaher Flächen mit unterschiedlichen Umweltmerkmalen in den Mitgliedstaaten initiiert bzw. vorhandene „grüne Infrastruktur“ verbessert werden, so dass natürliche Prozesse zu einem systematischen Bestandteil der Raumplanung werden. Konkret plant die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), bis 2014 eine Fazilität der EU zur Unterstützung grüner Infrastrukturprojekte zu errichten.

http://ec.europa.eu/environment/nature/ecosystems/docs/green_infrastructures/1_DE_ACT_part1_v4.pdf

TRINKWASSERVERSORGUNG - EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ERREICHT ERSTMALS DIE NOTWENDIGE ZAHL AN UNTERSCHRIFTEN

Die Initiative „right2water“ hat es als erste Europäische Bürgerinitiative geschafft, die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften zu erreichen. Laut den Initiatoren ist es gelungen, in acht Mitgliedstaaten über 1,4 Mio. Unterschriften zu sammeln. Als nächste Schritte sind zunächst die Prüfung der Unterschriften durch die zuständigen nationalen Behörden sowie eine Anhörung der Initiatoren der Bürgerinitiative vorgesehen. Die



Kommission muss sich sodann mit den Forderungen der Initiative befassen, sie ist jedoch nicht verpflichtet, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

KONSULTATION ZUR NEUEN ALLGEMEINEN GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG IM BEIHILFENRECHT

Die Kommission hat am 08.05.2013 den Entwurf für eine neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGFVO) im Beihilfenrecht vorgelegt und eine öffentliche Konsultation hierzu eingeleitet. Zu den vorgeschlagenen Änderungen gehören u.a. höhere Anmeldeschwellenwerte für bestimmte Beihilfenkategorien (v.a. im Bereich Forschung und Entwicklung, Unternehmensgründungen und Umweltbeihilfen), strengere Vorschriften für Beihilfen großen Umfangs, ein Standardformular für Unternehmen, um den Anreizeffekt der Beihilfe nachzuweisen, neue Beihilfenkategorien (z.B. Beihilfen für Forschungsinfrastrukturen, Unternehmensgründungen, Fernwärmeprojekte), ein umfangreicher Anhang mit Definitionen für die verschiedenen Freistellungskategorien, eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einführung einer eigenen Website für alle Beihilfenmaßnahmen in jedem Mitgliedstaat und umfangreiche Berichtspflichten gegenüber der Kommission, sowie weitere Neuerungen bei allen von der AGFVO erfassten Beihilfengruppen (u.a. Regionalbeihilfen, KMU-Beihilfen, Umweltbeihilfen). Die Konsultation wird bis zum 28.06.2013 laufen (mithin acht statt der sonst üblichen zwölf Wochen). Die Mitgliedstaaten sollen im Verlauf dieses Jahres aber noch einmal gesondert zum Verordnungsvorschlag konsultiert werden, bevor die endgültige AGFVO Anfang 2014 in Kraft treten soll (s. hierzu den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Website der Konsultation mit Verlinkung zum Entwurf der neuen AGFVO :

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_gber/index_en.html

MITTEILUNG ZUR EU-STRATEGIE FÜR TECHNOLOGIEN UND INNOVATIONEN IM ENERGIEBEREICH

Die Kommission hat am 02.05.2013 ihre Mitteilung zur Strategie der EU für Technologien und Innovationen im Energiebereich bis 2020 und darüber hinaus vorgelegt, mit der sie Innovationen von modernen, CO₂-armen Technologien und Lösungen beschleunigen und die Lücke zwischen Markt und Forschung schließen möchte. Die Kommission stellt darin zentrale Grundsätze und Prioritäten von Entwicklungen vor, bei deren Beachtung die EU im Bereich Energieinnovationen international weiterhin eine Spitzenstellung einnehmen, preislich wettbewerbsfähig bleiben und die Energieversorgung zuverlässig gewährleisten könne. Zur Umsetzung der Strategie soll ein auf das gesamte Energiesystem ausgerichteter Fahrplan erstellt, ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen erarbeitet und eine Koordinierungsstruktur zur Förderung von Investitionen in Forschung und Innovation auf dem Gebiet der Energieeffizienz geschaffen werden. Die Strategie soll insgesamt kohärent zu anderen CO₂-Einsparungsinitiativen der EU ausgestaltet werden (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Übersicht und Mitteilung der Kommission unter:

http://ec.europa.eu/energy/technology/strategy/strategy_de.htm



KOMMISSION: MASSNAHMENPAKET ZUR TIER- UND PFLANZENGESUNDHEIT ANGENOMMEN

Die Europäische Kommission hat am 06.05.2013 den Entwurf eines Legislativpakets zu den Themen Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit und Pflanzengesundheit angenommen. Es zielt darauf ab, einen einheitlichen, kohärenten und transparenten Rechtsrahmen für alle EU-Mitgliedstaaten zu schaffen. Die Gesundheits- und Sicherheitsstandards in der gesamten Lebensmittelkette sollen verbessert werden.

Kommissionsseite zum Legislativpaket:

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/pressroom/animal-plant-health_en.htm

NEUE REGELN FÜR DEN IMPORT VON HUFTIEREN AUS DEM AUSLAND

Der Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) befürwortete am 07.05.2013 einen Kommissionsvorschlag, auf Grund dessen künftig Elefanten, Nashörner, Kamele, Giraffen, Nilpferde und Antilopen leichter in die EU eingeführt werden können.

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/midday-express-07-05-2013.htm>

Vorschriften für die Einfuhr und Durchfuhr bestimmter Huftiere:

http://europa.eu/legislation_summaries/food_safety/veterinary_checks_and_food_hygiene/l12071_de.htm

150 MIO. € FÜR PROJEKTE DER GEHIRNFORSCHUNG BEWILLIGT

Zu Beginn des „European Month of the Brain“ hat die Kommission 150 Mio. € an Förderung für 20 neue Hirnforschungsprojekte bewilligt. Die Förderung steht im Kontext der FET-Initiative („Future and Emerging Technologies Flagship Initiative“) des „Human Brain Project“ (EB 03/13). An dem „Human Brain Project“, der weltweit umfangreichsten Computersimulation des menschlichen Gehirns, ist auch die TU München im Bereich Neurorobotik maßgeblich beteiligt. Die 20 internationalen Projekte sollen Erkenntnisse in Schlüsselbereichen, wie Hirnverletzungen, psychische Erkrankungen, Schmerz, Epilepsie und Verhaltensstörungen bei Kindern, liefern. Sie werden voraussichtlich im Sommer 2013 starten. Seit Beginn des laufenden Forschungsrahmenprogramms hat die EU über 1.200 Hirnforschungsprojekte mit insgesamt 1,9 Mrd. € gefördert (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-380_en.htm

Informationen zum „European Month of The Brain“:

http://ec.europa.eu/research/conferences/2013/brain-month/index_en.cfm



IUK- UND MEDIENPOLITIK

KOMMISSION STELLT NEUEN ENTWURF DER FILMMITTEILUNG ZUR KONSULTATION

Nachdem die Filmmitteilung aus dem Jahr 2001 zum Jahreswechsel 2012 auslief, hat die Kommission am 30.04.2013 einen neuen Entwurf vorgelegt (EB 21/12). Bis zum 28.05.2013 besteht zum letzten Mal die Möglichkeit, zu den künftigen Kriterien der Prüfung mitgliedstaatlicher Förderregelungen für Filme und andere audiovisuelle Werke Stellung zu nehmen. Im Juli plant die Kommission, die dann unbefristet gültige Mitteilung anzunehmen (EB 21/12). Die von der Kommission im Mitteilungsentwurf vorgenommene Überarbeitung betrifft v. a. die sog. Territorialklausel, nach der die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Filmförderung davon abhängig zu machen, dass ein bestimmter Anteil des Produktionsbudgets bzw. der Beihilfesumme im Mitgliedstaat ausgegeben werden muss.

Mitteilungsentwurf und weitere Informationen zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_state_aid_films/index_en.html